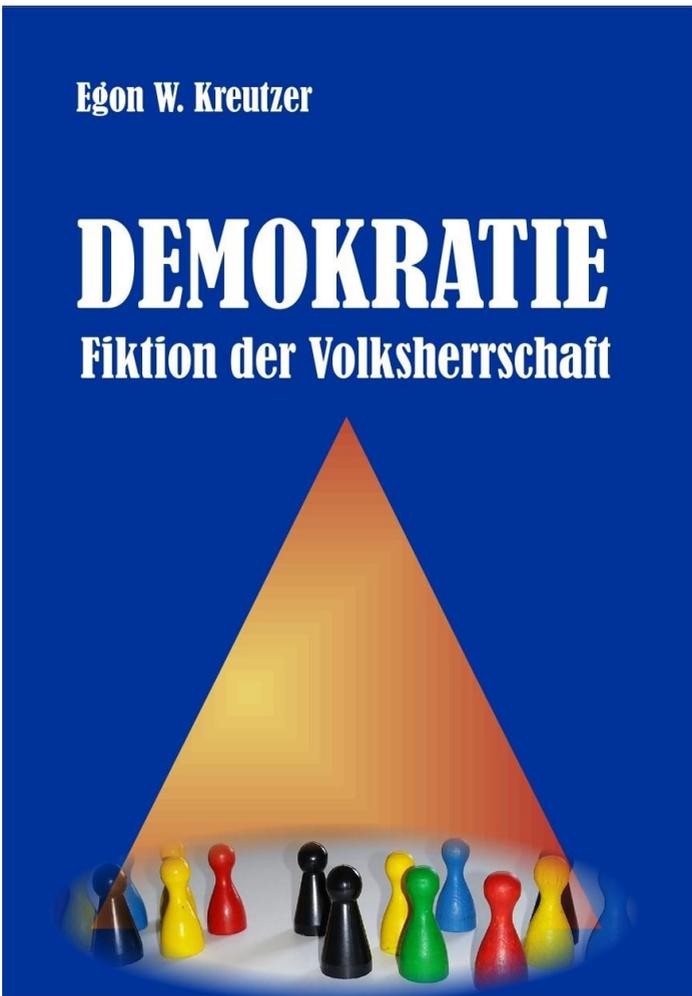


Egon W. Kreuzer

DEMOKRATIE

Fiktion der Volksherrschaft



(Auszüge – knapp ein
Viertel des Textes)

Vorwort zur Erstausgabe 2018

Freiheit und Demokratie

Phrasen, wie „Freiheit und Demokratie“, bis zum Überdruß gehört, haben längst ihre dem ursprünglichen Sinn entsprechende Bedeutung verloren. Wäre es anders, wir würden darum kämpfen.

„Freiheit und Demokratie“ steht für etwas ganz anderes, nämlich für den starken, ja übermächtigen Staat, der seine Macht mit den Mitteln psychologischer Gewalt erhalten kann, weil seine Bürger nach Jahrzehnten subtiler Gehirnwäsche soweit abgestumpft sind, dass die Anwendung physischer Gewalt zur Durchsetzung so genannter „Staatsziele“ nur noch in Ausnahmefällen erforderlich scheint.

Wie aber kommt es, dass „der Staat“ sich gegen seine Bürger in jeder nur erdenklichen Weise zu deren Nachteil und Missfallen durchzusetzen vermag, wo doch in der Demokratie die Bürger Ziel und Plan der Politik bestimmen?

Abgründe der Demokratie ein Überblick

Erster Abgrund: Der Wählerwille

Der Wählerwille wird gerne bemüht, wenn die Stimmen ausgezählt sind und die Bildung einer von kaum einem Wähler gewollten Koalition begründet werden muss.

Tatsache ist, dass der Wählerwille mit Wahlen nicht ergründet werden kann. Die Wähler haben keine Gelegenheit, ihren Willen bezüglich der konkreten Ausgestaltung der Regierungspolitik bei der Wahl zu artikulieren. Niemand kann mit dem Stimmzettel für oder gegen Krieg, für oder gegen höhere Renten, für oder gegen mehr Umweltschutz, für oder gegen Steuererhöhungen, für oder gegen die Privatisierung von Volksvermögen stimmen. Die „Wahlfreiheit“ des Wählers besteht lediglich darin, zwischen den sich zur Wahl stellenden Parteien und deren Kandidaten zu entscheiden.

Dies bedeutet aber unter dem Walten der Fünf-Prozent-Hürde keineswegs, dass die Gewählten auch ins Parlament einziehen werden. Ein gewisser Anteil der Wählerstimmen, manchmal sogar mehr als zehn Prozent, fällt aus der Urne direkt in den Papierkorb. Dies sei erforderlich, um

Weimarer Verhältnisse zu vermeiden, heißt es, was aber zu kurz greift, denn theoretisch sind auch mit der Fünf-Prozent-Hürde immer noch bis zu 20 zutiefst zerstrittene Mini-Fraktionen möglich – und der Trend weist eindeutig in diese Richtung, was allerdings, und das muss betont werden, weder zu Weimarer Verhältnissen, noch direkt in eine neue Diktatur führen muss.

Betrachtet man die Fünf-Prozent-Hürde neutral und unvoreingenommen, so handelt es sich – in der Sprache der Volkswirte – um ein stark wirksames „Markt-Eintritts-Hindernis“, das den etablierten Parteien erleichtert, sich neu aufkommende Konkurrenz ohne jegliche argumentative Auseinandersetzung elegant vom Halse zu halten und dabei den Willen der Wähler dieser Parteien soweit mit Füßen zu treten, dass ihnen nicht einmal ermöglicht wird, im Parlament ihre Stimme zu erheben, geschweige denn, als Koalitionspartner das Regierungshandeln mit zu bestimmen.

Zweiter Abgrund: Die „Alpha-Tiere“

Der Weg an die Spitze eines Rudels ist eine lange Kette von Zweikämpfen rivalisierender Jungtiere, bis zuletzt die entscheidende Auseinandersetzung mit dem bisherigen Anführer zu bestehen ist. Der Weg an die Spitze einer Partei unterscheidet sich davon nur dadurch, dass im

Tierreich der Stärkste und Durchsetzungswilligste in der Regel auch der am besten geeignete Anführer ist, während in der Demokratie zwar ebenfalls der kampfeslustigste, intriganteste, bissigste Kandidat am Ende ganz oben steht, dass dieser damit jedoch nicht auch zwangsläufig jene Eigenschaften mitbringt, die für eine Politik zum Wohle des Volkes erforderlich wären.

Da letztlich nur diese aus innerparteilichen Kämpfen hervorgegangenen Alpha-Tiere eine Regierung anführen können, verfügen sie in der Regel über einen sehr unausgewogenen Mix an Fähigkeiten, der sie in den vielfältigen Sachfragen, denen sie sich zu stellen haben, auf die Unterstützung von Vertrauten abhängig macht, die wiederum selbst auf die Unterstützung von Experten angewiesen sind. So entwickelt sich in der Behandlung von Sachfragen so etwas wie eine „Stille Post“, mit der üblichen Folge, dass die unterwegs zwangsläufig auftretenden Informationsverluste Fehlentscheidungen begünstigen.

An dieser Stelle ist ein vergleichender Blick in die Wirtschaft unverzichtbar. Selbstverständlich sind auch die Konzernmanager ausgeprägte Alpha-Tiere, doch gibt es zwei ganz wesentliche Unterschiede:

1. Niemand schafft es, nach dem Studium ohne jegliche Berufserfahrung und ohne den Nachweis exzellenter Sachkenntnisse in seinem Spezialgebiet erbringen zu können, an die Spitze einer großen Aktiengesellschaft aufzusteigen. Auch kein Außenstehender wird als Vorstandsvorsitzender angeworben, der noch nicht seine Führungsfähigkeiten und seine Verantwortung in einem anderen Unternehmen vergleichbarer Bedeutung unter Beweis gestellt hat.

2. Führungskräfte in der Wirtschaft werden nicht von den Mitarbeitern per Wahl oder Akklamation von Stufe zu Stufe nach oben gehoben, wie es in der typischen Parteikarriere unter den Mitgliedern üblich ist, sondern hier kümmert sich zunächst das Nachwuchsmanagement im Verantwortungsbereich des Personalchefs um die Aspiranten. Danach, wenn ihre Köpfe sichtbar geworden sind und Profil gewonnen haben, nimmt sich der Vorstand ihrer an. Doch am Schluss entscheidet alleine der Aufsichtsrat über die Besetzung der Stelle ganz an der Spitze.

Die Instanz der Vertretung der Anteilseigner existiert in den Parteien nicht. Hier kann sich, anders als in der Wirtschaft, tatsächlich der Starke und Gerissene gegen eine Konkurrenz mit vergleichbar einseitigen Fähigkeiten durchsetzen, ohne dass es einen übergeordneten „Schiedsrichter“ gäbe, der neben den Rambo-Fähigkeiten auch das Wohl von Partei und Staat gleichermaßen so aufmerksam im Auge hätte, wie sich der Aufsichtsrat um sein Investment und seine Rendite sorgt.

Dritter Abgrund: Fraktionszwang

Die ganze Absurdität der real existierenden Demokratie offenbart sich allerdings erst im als unverzichtbar verteidigten Fraktionszwang. Damit wird der vom Volk als Vertreter des Volkes gewählte Parlamentarier vom Volksvertreter zum willenslosen Parteisoldaten herabgewürdigt, der sich von der Fraktionsführung widerstandslos kjonieren lässt, womit er – Sprachforscher werden dies bestätigen – freiwillig den Nachweis erbringt, keine „Eier“ in der Hose zu haben.

Demokratie im Endstadium

Ursachen einer Fehlentwicklung

Die Demokratie, als das Prinzip des Vorrangs der Quantität vor der Qualität, zielt nicht auf das bestmögliche Ergebnis ab, sondern auf die

„augenblickliche“ Zufriedenstellung einer Mehrheit, und sei diese noch so klein. Demokratie ist daher in fast allen Lebenslagen ein vollkommen untaugliches Prinzip, wenn es gilt, zu vernünftigen Entscheidungen zu gelangen und sie planmäßig umzusetzen.

Die nur als schwärmerisch zu bezeichnende Begeisterung für „Demokratie“ rührt von der idealistischen Vorstellung her, es würden sich in demokratischen Gremien zum Zwecke der Willensbildung Menschen mit durchaus unterschiedlichen Erfahrungen und Vorstellungen auf gleicher Augenhöhe begegnen, ihre Vorstellungen und Argumente austauschen, um gemeinsam die optimale Lösung zu suchen, zu finden und zu verwirklichen.

Dieser Zwang zur „parlamentarischen Demokratie“, so unausweichlich er erscheint, wenn gute Ergebnisse erzielt werden sollen, verhindert jedoch in der Realität gerade das, was er ermöglichen soll!

In den Parlamenten sitzen zwar die gewählten Volksvertreter, denen durchaus eine gewisse Übereinstimmung im Grundsätzlichen attestiert werden kann, die auch vom Grad der intellektuellen Leistungsfähigkeit her durchaus in der Lage wären, sich untereinander zu verständigen, doch sitzen sie dort eben nicht mehr als

kooperierende Sucher und Gestalter der optimalen Lösung, sondern spalten sich auf in zwei oder mehr gegnerische Gruppen, von denen jede überzeugt ist, die optimale Lösung für jedes anstehende Problem bereits zu kennen. Stets setzt sich dabei alleine jene Gruppe durch, die aufgrund ihrer Mehrheit an Sitzen und darauf Sitzenden, die Argumente der Opposition nicht gelten lässt, ja oft nicht einmal anhört.

Gefahr für den Gemeinsinn

Aus dieser Erkenntnis lässt sich die erste und größte Gefahr der Demokratie schon rein logisch ableiten: Die parlamentarische Demokratie als einzig handhabbare Form der Demokratie zerstört den Gemeinsinn.

Wo es möglich ist, dass 50,1 % gegen den Willen und die Interessen von 49,9 % zum Wohle der eigenen Klientel regieren, erlischt der Wille zur Kooperation und wird durch den Willen ersetzt, den politischen Gegner zu besiegen, ihn klein zu halten, nach Möglichkeit vernichtend zu schlagen, oder ihn überhaupt erst nicht aufkommen zu lassen.

Betrug als Mittel der Wahl

Die zweite große Gefahr in der und für die Demokratie besteht in der vielmals bestätigten

Annahme: Die einzig handhabbare Form der Demokratie zwingt zum geplanten Betrug am Wähler.

Für jeden, der auf Stimmenfang geht, erweist es sich als von vornherein wenig erfolgversprechend, sich an die ernsthaft Interessierten zu wenden. Je nach politischer Ausrichtung hat man deren Stimmen sowieso schon sicher – oder man kann sicher nicht damit rechnen.

Der Weg zur Mehrheit führt für alle Parteien mitten hinein in die Masse der politisch Desinteressierten.

Der Betrug am Wähler besteht ganz überwiegend im Totschweigen der drängendsten Themen und der dafür vorgesehenen politischen Aktivitäten. Es ist ja nicht so, dass in den totgeschwiegenen Problembereichen keinerlei Absichten bestünden. Doch damit in den Wahlkampf zu gehen, wird als nicht zielführend angesehen, weil man sich keine Stimmen davon erhofft, im Gegenteil, eher den Verlust von Stimmanteilen an kleine, thematisch eng aufgestellte Parteien befürchtet. So hat es immer wieder sogar Absprachen zwischen den beiden großen Parteien gegeben, bestimmte Themen aus dem Wahlkampf herauszuhalten, wohl wissend, dass man sich damit nur gegenseitig massiv beschädigen würde.

Der plakatierte Betrug hingegen, mit dem das Totschweigen kaschiert wird, stellt zwar nur die sichtbare Spitze des Eisbergs dar, holt aber die Stimmen. Man verspricht das Blaue vom Himmel herunter. Arbeitsplätze und sichere Renten, bezahlbare Wohnungen, Bildung, ja sogar Digitalisierung, vor allem aber Gerechtigkeit und Wohlstand, Freiheit und Sicherheit, und alles das für den kleinen Mann und die kleine Frau, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben.

Das Ergebnis ist der politische Einheitsbrei, der mit weichgespülter Sprache serviert wird und immer mehr Wähler mit Übelkeitserscheinungen von der Urne fernhält. Es gibt keine klaren Worte mehr, noch nicht einmal, wenn sich zwei Kanzlerkandidaten in einem so genannten „Duell“ gegenüberstehen. Es geht weniger darum, zu obliegen, sondern mehr darum, bloß keinen Sympathiepunkt zu verspielen.

Das Schmähwort von den „Politdarstellern“ gewinnt hieraus seine Berechtigung, da – zumindest dem Wähler gegenüber – Politik nur noch perfekt gespielt auf der Schaubühne stattfindet. Was Einzelne darüber hinaus tatsächlich noch an politischer Arbeit leisten, geht in dieser Inszenierung – gewollt und ungewollt – vollkommen unter.

Rückblende

Die Erschütterungen, die 1945 mit dem Sieg der Alliierten auf die deutsche Gesellschaft einwirkten, haben damals auch viele „Mitläufer“ dazu gebracht, ihre politischen Gedanken und Einstellungen zu hinterfragen und sich mit der von den Siegermächten im Grundgesetz für die BRD verankerten Demokratie anzufreunden.

Der Wiederaufbau erforderte ja nicht nur Höchstleistungen in materieller Hinsicht, sondern ebenso auch in Bezug auf die Errichtung neuer geistiger Konzepte für die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen. Darüber wurde in einer heute nicht mehr vorstellbaren Breite diskutiert, wozu gerade auch die Gewerkschaften einen unverzichtbaren Beitrag leisteten.

Bis zu Beginn der Ära Kohl gab es Auseinandersetzungen um politische Konzepte. Am Ende der Ära Kohl stand nur noch ein „Alles-satt-Haben“, was noch einmal die SPD in die Regierungsverantwortung führte. Doch der Angleichungsprozess der Konzepte war – unbemerkt von der Mehrheit der Wähler – bereits so weit fortgeschritten, dass Schröder mit der Agenda-Politik voll auf die Linie des Wirtschaftsliberalismus einschwenken konnte,

womit die Ununterscheidbarkeit der beiden einst großen Parteien vollendet wurde, was sich später mit der Bildung großer Koalitionen auch nach außen manifestierte.

So lange die Diskussion um die elementaren Fragen von den einstigen Volksparteien nicht wieder offen und für die Wähler erkennbar, ernsthaft geführt wird, solange der Kampf um Konzepte an die Ränder gedrängt wird, die man mit Kommunismus- und Nazi-Vorwürfen glaubt, kleinhalten zu können, so lange wird die Erosion von Union und SPD anhalten, ohne dass von den Rändern her eine regierungsfähige Mehrheit zustande kommen kann.

**Das Ergebnis ist eine
- mangels Mehrheit -
nicht mehr lebensfähige Demokratie.**

Demokratie im Endstadium

Aufstieg der Plutokratie

„Geld beherrscht die Welt.“ Eine Aussage, die zutreffend den Zustand der Gesellschaften in kapitalistisch geprägten Staaten beschreibt und längst nicht als so erschreckend und verheerend zur Kenntnis genommen wird, wie man es in Anbetracht der vom Geld hervorgerufenen Deformationen von Verfassung, Recht und Gesetz erwarten sollte. Wo aber das Geld herrscht, ist der Rechtsstaat obsolet, bzw. in wesentlichen Bereichen außer Kraft gesetzt. Dies geht soweit, dass selbst die negativ Betroffenen lieber auf ihre Rechte verzichten, weil sie sonst um ihre Lebensgrundlage fürchten müssten, als den gebotenen Widerstand zu leisten.

In einem weit zurückliegenden Aufsatz habe ich einmal formuliert: *„Der Kapitalismus ist ein Faustrecht mit Heilsversprechen.“*

Das Heilsversprechen lautet „Wohlstand für alle“, und wo das wegen des offenkundigen Eintretens des Gegenteils nicht mehr zu vermitteln ist, muss eben der Gürtel enger geschnallt werden, damit es wieder besser werden kann.

Die Plutokratie stützt sich im Wesentlichen auf drei Säulen:

1. **Die wirtschaftliche Macht**, ehemals in einem zu engen Verständnis als die „Kontrolle über die Produktionsmittel“ bezeichnet,
2. **Die Meinungsmacht**, die sich im Konzentrationsprozess der Medienlandschaft zeigt,
3. **Die Liquiditätsmacht**, also die Fähigkeit, dem Staat und seinen Bürgern den Geldhahn nach Belieben auf- und zuzudrehen.

Dass diese Machtfaktoren die Politik demokratisch gewählter Regierungen bestimmen können, hat nur wenig mit der Korrumpierbarkeit der Politiker zu tun, obwohl auch die eine Rolle spielt, sondern hauptsächlich damit, dass der Politik keine originäre Macht zur Verfügung steht, auf die sich ein Widerstand zur Wiederherstellung des Primats der Politik stützen könnte.

Weil es jedoch so ist, dass die Regierung entscheiden kann, was sie will, aber am Ende wegen der negativen Wirkungen unausweichlich als zumindest mitschuldig dastehen muss, wandeln sich die Erklärungsversuche. Es wird nicht mehr angestrebt, etwas Positives zu erreichen, es wird stattdessen darüber gesprochen, welche

immensen Anstrengungen unternommen würden, das unvermeidlich heraufziehende Negative hinauszuzögern und möglichst abzumildern.

Ein Verhaltensmuster, das Robert Anton Wilson schon 1979 in seinem Bestseller „Das Universum nebenan“ mehrfach herausgestellt hat. Hier ein kurzer Ausschnitt:

Die Revolution der Gedämpften Erwartungen ging von der Theorie aus, dass es einfach nicht genug Energie auf dem Planeten gab, um die steigenden Erwartungen der Massen zu befriedigen. Jahr für Jahr wurde die gleiche Botschaft verbreitet: Es ist nicht genug da. Man klärte die Massen darüber auf, dass Terra ein geschlossenes System war, die Entropie sich steigerte, das Leben insgesamt auf dem absteigenden Ast war und die Mehrheit zu Armut, Hunger, Krankheit, Leid und Dummheit verurteilt war. Die meisten von denen, die an ihren steigenden Erwartungen festhielten, waren Wissenschaftler. Als Furbish Lousewart realisierte, welches politisches Kapital sich aus der Revolution der Gedämpften Erwartungen schlagen ließ, erkannte er auch (und demonstrierte damit politischen Sachverstand), was es bedeutete, eine politische Opposition zu haben: eine Gruppe von Sündenböcken nämlich.

Typische Beispiele dafür, dass auch bei uns die Revolution der Gedämpften Erwartungen in vollem Gange ist, sind z.B. die „Mietpreisbremse“, die „Schuldenbremse“ oder das „Arbeitslosen-

geld Q“ des Gerechtigkeitskämpfers Martin Schulz. Selbst der Versuch, den Anstieg der globalen Temperatur zu bekämpfen, gehört in all seiner trivialen Pauschalität in diese Rubrik, weil dies kein Ziel ist, sondern nur die erhoffte Folge von nicht durchdachten, hektisch vorgetragenen, oft widersprüchlichen, teils widersinnigen Aktivitäten. Allerdings mit dem Vorteil, dass die Regierung als tatkräftig wahrgenommen wird und, wegen der Dringlichkeit, die Prioritäten alternativlos so setzen muss, wie sie sie setzt, nicht zuletzt auch, um ihre Untätigkeit in anderen wichtigen Aufgabenfeldern damit begründen zu können.

Meinungsmacht

Demokratie braucht nachprüfbare Fakten und eine Vielzahl von Einschätzungen zur Bedeutung dieser Fakten, eine argumentative Auseinandersetzung über diese Einschätzungen und letztlich die Einigung auf eine gemeinsame Sicht und auf eine gemeinsam getragene Handlungsweise.

Wie bereits angesprochen, sind diese Anforderungen nur zu erfüllen, wenn Menschen mit hinreichender Kompetenz, dem notwendigen Sachverstand und einer echten Kooperationsbereitschaft zusammenkommen. Daraus wurde die Berechtigung, ja die Notwendigkeit der

parlamentarischen Demokratie abgeleitet, wiewohl sich letztlich herausstellte, dass diese, so wie sie in aller hässlichen Parteilichkeit gelebt wird, nicht sinnentsprechend funktionieren kann, selbst wenn die Fakten klar und eindeutig auf dem Tisch liegen.

Es wurde ebenfalls bereits ausgeführt, dass die Parteien sich bei der Suche und der Aktivierung der für die Mehrheiten erforderlichen Wähler ausgerechnet dahin wenden müssen, wo der wenigste Sachverstand vorhanden ist, nämlich an die große desinteressierte Mitte.

Es ist, wenn man sich erst einmal damit befasst hat, sonnenklar, dass die Politik in der Demokratie gar keinen Entscheidungsspielraum mehr hat, weil die Medien die Stimmung im Volk vorgeben, die dann von den Demoskopen gemessen und als Empfehlung an die Regierung und die Oppositionsparteien weitergereicht wird.

Hier ein paar grundsätzliche Medienweisheiten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die sich ganz massiv ins kollektive Bewusstsein eingegraben haben und dort soweit verfestigt sind, dass jede abweichende Meinung mühelos mit der Nazi-Keule niedergemacht werden kann:

- Streiks sind grundsätzlich schädlich.

- Besonders schädlich sind die Streiks kleiner Gewerkschaften, wie der Lokführer und der Piloten.
- Ein ausgeglichener Bundeshaushalt hat erste Priorität.
- Die Bundeswehr braucht dringend viele, viele neue Waffen, weil die vorhandenen nicht einsatzfähig oder schon ausgemustert sind.
- Diesel machen krank.
- Die EU muss erneuert werden. Gemeinsam mit Frankreich soll Deutschland vorgehen.
- Die Südstaaten müssen abgekoppelt werden.
- Griechenlandhilfe ist, wie Wasser in ein Fass ohne Boden zu schütten.
- Draghis Nullzins- und Staatsschuldenaufkauf-Politik retten den Euro.
- Der ESM rettet den Euro.
- Es gibt zwar Probleme in einigen Kommunen, aber doch keine No-Go-Areas.
- Es sind viele Flüchtlinge gekommen und allen muss geholfen werden.
- Abschiebungen sind unmenschliche Verwaltungsakte.

- Wir brauchen mehr Polizei, mehr Video-Überwachung.
- Der Kampf gegen Fake-News und Hate-Speech dient dem Schutz der Bürger.
- Russische Hacker haben Donald Trump an die Macht gebracht.
- Und so weiter, und so weiter.

Die demokratischen Parteien, denen dies als des Volkes Wille mit den entsprechenden Zustimmungsprozentsen auf den Tisch gelegt wird, können nicht anders, als diesen Vorgaben zu folgen, wollen sie nicht selbst an Zustimmung verlieren.

So präsentiert sich als echte Demokratie, was ein hinterhältig eingefädelttes Spiel mit den Stimmungen der desinteressierten Mehrheit ist, das seinen Input im Wesentlichen von den vier genannten Medienhäusern bezieht, denen alleamt eine – in meinen Augen bedenkliche – Nähe zu den so genannten Transatlantikern, also den Mitgliedern der Atlantik-Brücke nachgesagt wird.

„Gegründet wurde dieser Verein“ – ich zitiere aus Florian Stumfall, ‚Das Limburg Syndrom‘ – „von John McCloy, Weltbankpräsident, Hoher Kommissar in Deutschland, Manager der Rockefeller Bank Chase Manhattan und Mitglied im Council on Foreign Relations, sowie Eric M. Warburg,

Bankhaus Rothschild, Warburgbank, und ebenfalls Mitglied im Council. Man sieht schon allein am Beispiel dieser beiden Männer: Es dreht sich bei der Atlantik Brücke um ein Gebilde im Sinne der Hochfinanz der USA-Ostküste und damit der Neuen Weltordnung.“

Merkel und Gabriel sind übrigens ebenso Mitglieder dieser Vereinigung, wie Friedrich Merz (CDU) und Klaus Kleber vom ZDF.

Meinungsmacht bedeutet also:

Hochrangige Regierungs- und Parteifunktionäre, auch aus der Opposition, stimmen sich transatlantisch ab, tragen Wünsche vor und nehmen Aufträge entgegen, die der desinteressierten Masse von den ebenfalls transatlantisch durchwachsenen Medien in geeigneter Form so oft und so intensiv vorgesetzt werden, bis die Masse glaubt, es handle sich bei dieser Einstimmung um ihre eigene Meinung. Dass dann Ausschau nach jenen Politikern gehalten wird, die genau das ankündigen, was die Wählermasse wollen soll, ist Ziel der Veranstaltung.

Es ist zugleich eine Perversion der Demokratie. Doch weil Demokratie sowieso nicht so funktioniert, wie im Sozialkundeheft, ist das auch schon egal.

Liquiditätsmacht

Ohne Moos – nix los.

Die Vorstellung, dass die EZB über 2 Billionen Euro aus dem leeren Hut gezaubert hat, um Staatsanleihen aufzukaufen, und zwar von jenen Privatpersonen, die im persönlichen Depot oder in den Depots der von ihnen beherrschten Unternehmen (hauptsächlich Banken) diese Berge von Staatsanleihen angesammelt hatten, macht krank. Man kommt sich vor, wie in böser Absicht unter lauter Irren eingesperrt zu sein, vor allem, wenn man zugleich feststellen muss, dass die Eigentümer der EZB, nämlich die Euro-Staaten selbst, von diesem Liquiditätsregen ausgeschlossen blieben und allenfalls indirekt, über den Weg der Neuverschuldung bei eben jenen mit Liquidität überschütteten Personen und ihren Geldinstituten, die ärgste Geldnot lindern konnten.

Um welche Summen es sich handelt, wird erst klar, wenn man die Liquiditätsmenge in kleinere Portionen zerlegt und diese dann, in einer anderen Struktur wieder zusammensetzt.

Die Euro Zone hat rund 340 Millionen Einwohner. Bleiben wir bei der großen runden Zahl von 2 Billionen, bedeutet das pro Einwohner knapp 6.000 Euro. Wäre das Geld im Verhältnis der Einwohnerzahlen auf die Euro-Staaten

aufgeteilt worden und in die Staatshaushalte geflossen, hätte Griechenland alleine 60 Milliarden Euro erhalten, mit denen ein spürbarer Abbau der Staatsschulden möglich gewesen wäre. Stattdessen wurde Griechenland mit „Umschuldungen“ gerettet. Auch damit wurde Liquidität in die Märkte gepumpt, während Griechenlands Schulden bestehen blieben und lediglich andere Gläubiger ins Spiel kamen.

Unser Geldsystem ist die Ausgeburt eines kollektiven Wahnsinns, dessen fixe Idee darin besteht, dass die Banken als Vermittler zwischen dem Kreditangebot der Sparer und der Kreditnachfrage stehen, dass sie quasi treuhänderisch dafür Sorge tragen, dass Spargelder zinstragend an solvente Kreditnehmer verliehen und von diesen planmäßig per Tilgung wieder zurückgeführt werden.

Die riesengroßen Löcher in dieser Fantasie werden vollständig ausgeblendet, vor allem wird vermieden, die Frage nach der Herkunft des Geldes zu stellen, obwohl zweifellos irgendwo eine Quelle sprudeln muss, weil es sonst niemals zu einer Ausweitung der Geldmenge kommen könnte. Bestenfalls gibt man sich noch mit der Auskunft zufrieden, die Zentralbank würde schon dafür sorgen, dass stets genug Geld da ist, doch wie dieses geschieht, lag lange Zeit völlig im Dunkeln und ist erst in den letzten zehn Jahren

Gegenstand einer Diskussion in Kreisen so genannter Geldkritiker und Geldreformer geworden, ohne jedoch bis dahin durchzudringen, wo die Adressaten der Erkenntnisse und der darauf aufbauenden Reformideen in ihren Sesseln sitzen und weiterhin so tun, als seien die Banken, trotz aller Krisen, eben jene unverzichtbaren Makler, die dafür sorgen, dass über die „Allokationskraft des Zinses“ das Geld immer dahin fließt, wo es, unter dem Aspekt vergleichbarer Verlustrisiken, die höchste Rendite erwarten lässt. Daran schließt sich die unausgesprochene Annahme an, die Geldverwendung mit der höchsten Rendite sei immer und überall auch die optimale Geldverwendung.

Würden die Staaten den Mut aufbringen, im Umfang des Ersparniszuwachses selbst „Staatsgeld“ zu emittieren, statt Ausgaben zu kürzen und damit Aufgaben zu vernachlässigen, statt Staatseigentum in private Hände zu überführen und damit Volksvermögen dauerhaft aus der Hand zu geben, statt Steuern zu erhöhen und damit dem Binnenmarkt Kaufkraft zu entziehen, so ließe sich – ohne dass dies hier im Einzelnen ausgeführt werden soll – der Hauptteil der im Inneren bestehenden Finanzierungsprobleme mühelos zur allgemeinen Zufriedenheit lösen.

Doch die Staaten bringen diesen Mut nicht auf.

Dass dieser Wille fehlt, ist darauf zurückzuführen, dass die Liquiditätsmacht der Banken Teil, wenn nicht gar innerster Kern der im ersten Abschnitt dieses Kapitels beschriebenen Wirtschaftsmacht ist.

Die Globalisierung beenden

Das vollkommen tabuisierte Thema

Mit dem Begriff "Globalisierung" wird verharmlosend suggeriert, es handle sich um das endlich beginnende, friedliche Zusammenwachsen der Völker und Nationen nach einer endlosen Geschichte von Krieg und Unterwerfung. Endlich würde ein intensiverer Austausch auf allen Gebieten möglich – von der international arbeitsteiligen Produktion über die weltweite Teilhabe am Konsum bis hin zum besseren Kennen- und Verstehenlernen der unterschiedlichsten Kulturen.

Zweiflern und Kritikern hält man entgegen, dass Globalisierung nur denjenigen Volkswirtschaften Probleme bereite, die noch nicht fit sind, für den internationalen Wettbewerb, und daher besondere Anstrengungen zu unternehmen haben, um an das Spitzenfeld aufzuschließen. Sei dies aber erst einmal gelungen, werde am Ende des Prozesses der Globalisierung der weltweite Anstieg des Wohlstands, das Verschwinden der großen Unterschiede und damit das

Verschwinden aller Spannungen stehen. Globalisierung sei folglich das einzige Mittel, das wirklich dem Frieden auf Erden und dem Wohlergehen der Menschen dient...

Faktisch aber bewirkt die Globalisierung, dass die Menschen allüberall auf diesem Globus gegeneinander in Konkurrenz gesetzt werden, dass sie gezwungen werden, immer mehr Leistung zu erbringen und sich mit immer geringeren Anteilen an dem was sie geschaffen haben zufrieden zu geben.

Es gibt aber nicht nur die Globalisierung im Großen, es gibt unterhalb der globalen Ebene den Prozess der "Europäisierung", der den Bürgern der Mitgliedsländer der EU mit exakt den gleichen Argumenten ebenfalls als der Weg ins Schlaraffenland dargestellt wird. Der Wegfall von Grenzkontrollen und die Einheitswährung lagen für die Bürger quasi als „Sofortbonus“ im Schaukasten. Dazu als demokratisches Trostpflaster das EU-Parlament. Dass als Preis für diese Glasperlen das Gold der staatlichen Souveränität und der demokratischen Verfassung der Mitgliedsländer eingetrieben wurde, stand nur im unleserlichen Kleingedruckten. Tatsächlich geht die Staatsgewalt innerhalb der EU längst nicht mehr vom Volk, nicht von den gewählten Abgeordneten der nationalen Parlamente, nicht von den Abgeordneten des europäischen Parlaments

aus, sondern von Räten und Kommissaren, deren Machtfülle nahezu unbegrenzt ist und keiner wirksamen Kontrolle unterliegt.

Der Prozess der Europäisierung nach den Regeln der EU ist ein Prozess der Entdemokratisierung und der Deregulierung. Immer mehr Menschen aus immer mehr ursprünglich eigenständigen und in vielerlei Hinsicht verschiedenen, also auch sehr wohl unterscheidbaren Gesellschaften werden zu einer großen Masse von Beherrschten, deren Rechte zur gesamtgesellschaftlichen Mitbestimmung sowohl insgesamt, wie auch auf jeden einzelnen bezogen, immer weiter abgebaut werden. Bei absoluter Ungleichheit der Lebensverhältnisse werden alle schützenden Schranken, wie sie in Form von Zöllen, von Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit für ausländische Unternehmen und ausländisches Kapital bestanden und nicht zuletzt auch in Form der eigenständigen Währungspolitik höchst wirksam waren, rigoros niedergerissen.

Menschen aus hochentwickelten Gesellschaften und Menschen aus Staaten, die im europäischen Maßstab als wirtschafts- und vor allem sozialpolitische Entwicklungsländer gelten müssen, werden im Wettbewerb aufeinander gehetzt, ohne dass dafür Sorge getragen wurde, den Wettbewerb durch Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen zu einem fairen Wettbewerb zu

machen. Die Folge ist die EU-weite Angleichung des Wohlstandsniveaus – allerdings in Richtung auf den niedrigsten Standard.

Globalisierung und Europäisierung haben das, was die Demokratie ausmacht, nämlich eine einheitliche (nationale) Gesellschaft, die sich in demokratischen Prozessen ihre Regeln gibt und ihre Einhaltung durchsetzt, bereits obsolet gemacht.

Es ist dem Deutschen nicht mehr möglich, in freien Wahlen darüber abzustimmen, wem das Recht zugebilligt werden soll, Deutschland auf Zeit zu regieren. Kein deutscher Wahlberechtigter hat jemals Jean Claude Juncker zum „Kanzler“ gewählt, dennoch hat der Kommissionspräsident die Möglichkeit, europäisches Recht zu setzen und die Bundesregierung zu zwingen, dieses auch für die Deutschen verbindlich zu machen!

Die Bestrebungen, innerhalb der EU die frei gewählten und damit zur Regierung autorisierten Vertreter der Völker an den Rand zu drängen und durch die Unterwerfung unter das Vertragswerk der EU faktisch der Herrschaft von Kommissaren, Räten sowie von Richtern des Europäischen Gerichtshofs zu unterstellen (alles übrigen Organisationen, deren demokratische Legitimation so weit hergeholt ist, dass sie im Lichte

der demokratischen Verfassung Deutschlands recht zweifelhaft erscheinen muss), sind weit fortgeschritten.

Wer heute die Globalisierung beenden will, kann nicht umhin, die Vorteile des Gegenentwurfs der Globalisierung, nämlich die Vorteile des souveränen Nationalstaats zu beschreiben.

Erinnern Sie sich vor diesem Hintergrund an die Ereignisse in Österreich im Jahre 1999. Die national-konservative Partei FPÖ wurde bei den Nationalratswahlen zweitstärkste Kraft und bildete gemeinsam mit der ÖVP eine Koalitionsregierung. Ein demokratisch absolut legitimes Geschehen, kein Putsch, keine Machtergreifung, doch die Folgen für Österreich waren dramatisch: Ein Shitstorm internationaler Proteste, ja sogar Sanktionen von Seiten sämtlicher EU-Mitgliedsstaaten (seinerzeit waren das erst 14), die sämtliche diplomatischen und politischen Kontakte zu Österreich abbrachen; auch Tschechien, Norwegen, Kanada und Israel schlossen sich dem an.

Betrachten Sie vor diesem Hintergrund auch den hysterischen Widerstand gegen Donald Trump, der als Präsident der USA angetreten ist, Amerika wieder groß zu machen, was nichts anderes bedeutet, als das Primat der Politik wieder herzustellen und das Verhältnis der gegenseitigen,

gut austarierten Abhängigkeiten zwischen dem Staat und einer neu in den Staat eingebundenen Wirtschaftsmacht wieder herzustellen.

Der Irak, Libyen, Syrien – starke Staatsgebilde, die sich nicht mit lautem Hurra! auf die Verlockungen der Globalisierung eingelassen haben, mussten Krieg und Zerstörung erdulden.

Das Wutgeschrei, das heute noch jeden Auftritt des russischen Präsidenten Putin begleitet, hat seine Ursache darin, dass es Putin gelungen ist, das unter Jelzin bereits an das internationale Kapital verlorene Russland in einem langen, zähen, entbehrungsreichen Kampf zurückzuerobern.

Die Globalisierung zu beenden, damit den einzelnen Staaten die Möglichkeit zurückzugeben, sich nach ihren Fähigkeiten und Zielvorstellungen zu entwickeln, ist ohne die Renaissance der souveränen Nationalstaaten nicht zu schaffen.

Der Weg von einem voll der Globalisierung anheimgefallenen Staat, dessen Wirtschaft sich zu einem erheblichen Teil in der Hand ausländischer, global agierender Investoren befindet, der sich, wie Deutschland, einem Kunstgebilde namens EU angeschlossen, ja geradezu ergeben hat, der in das weltweit mächtigste Militärbündnis eingebunden ist und von einer unisono neoliberal-transatlantisch trommelnden Medien-

landschaft mental beherrscht wird, zurück zu nationaler Souveränität, ist sehr, sehr schwer.

Deutschland,

**die demokratisch
heruntergewirtschaftete Republik**

Nach vielen Seiten weitgehend abstrakter Überlegungen zum Zustand der real existierenden Demokratie ist die Beschreibung der einer wahren Demokratie unwürdigen Zustände in Deutschland unerlässlich, um dem verstandesmäßig Erfassten jene emotionale Kraft zu verleihen, die notwendig ist, um sich für jene Veränderungen engagiert einzusetzen, für welche den Spitzen der Macht im Lande die Einsicht, der Wille und der Mut fehlt.

Probleme von A bis Z

Antifa, Arbeitslosigkeit, Armut

Bildungspolitik, Bundeswehr

Chemische Keule

Demografie, Deutschenhasser,

EU

Frühkindliche Sexualerziehung

Gender-Mainstream

Hauptstadtflughafen und andere Großbaustellen

Integration und Zuwanderung
Jugendkriminalität
Korruption
Lügenpresse
Meinungsfreiheit
No-Go-Areas
Obdachlosigkeit
Präsident
Quotenpersonen
Rente und Altersvorsorge
Steuerpolitik
Trial and error
Überwachung
Vermögensverteilung
Wirtschaftswachstum
Xenokratie
Yin und Yang
Zampano

Allen hier angeführten Einzelpunkten voranzustellen ist die Frage, wie es in einer funktionierenden Demokratie dazu kommen kann, dass im wirtschaftlich stärksten und reichsten Land der EU, das mit massiven Außenhandelsüber-

schüssen glänzt, keine Mehrheit der Demokraten zustande kommt, die es übernimmt, die geschilderten Missstände zu beseitigen.

Antifa

Offen gewaltbereit auftretende, bundesweit vernetzte und über öffentliche Haushalte mitfinanzierte Gruppen, die im linken politischen Spektrum beheimatet sind, bilden kriminelle Organisationen und terrorisieren Andersdenkende mit Anschlägen auf Häuser, Automobile und Personen, verhindern und stören genehmigte Demonstrationen, liefern sich gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei, ignorieren dabei das Vermummungsverbot, marschieren in linken Demonstrationen als „Schwarzer Block“ immer wieder „Seit an Seit“ mit hochrangigen Vertretern der Landes- und/oder Bundespolitik.

Ziel der Antifa ist die Einschüchterung Andersdenkender durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung und damit die vollkommen undemokratische Durchsetzung politischer Absichten.

Arbeitslosigkeit

Ein gleichbleibend hoher Sockel an Arbeitslosen ist für Arbeitgeber ein nahezu paradiesischer Zustand und liegt absolut in deren Interesse,

solange der Staat sie von der Alimentierung der Arbeitslosen weitgehend freistellt. Dass die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (ALG I) diese Freistellung durch Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung (von 6,5% bis 2006 auf 3,0% seit 2011) ermöglichte, ist einer der mit den Hartz-Gesetzen politisch eingeleiteten und von den Medien ignorierten Skandale, die einer Demokratie unwürdig sind.

Wo in einer prosperierenden Volkswirtschaft die Arbeitslosigkeit zunimmt und der Arbeitsmarkt von den Arbeitgebern dominiert wird, hat der Staat dem entgegenzuwirken.

Gesetze zur Arbeitszeitverkürzung, weitgehende Einschränkung der Leiharbeit und der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, ein restriktives Zuwanderungsgesetz, die Förderung von Unternehmensgründungen und die Stärkung der Binnenkaufkraft, auch durch kreditfinanzierte staatliche Investitionsprogramme wären das Mittel der Wahl gewesen. Das Gegenteil wurde beschlossen.

Armut

Der Übergang von der Arbeitslosigkeit zur Armut ist zwangsläufig, doch wurde er für die Betroffenen mit den Hartz-Reformen beschleunigt und für viele unumkehrbar gemacht.

Schon im Jahr 2015 erzielten 16,5 Prozent der in Deutschland lebenden Personen ein Einkommen das unterhalb der so genannten „Armutsschwelle“ lag, also 60% des Medianeinkommens nicht überschritt. Dieser Anteil ist inzwischen eher gewachsen.

Was das für die Betroffenen bedeutet, wurde von der europäischen Statistikbehörde Eurostat erhoben und veröffentlicht:

Jeder Fünfte kann sich nur selten eine vollwertige Mahlzeit leisten, jeder Achte kann seine Wohnung nicht ausreichend beheizen, fast jeder Zweite ist nicht in der Lage, abgewohnte und defekte Möbel zu ersetzen, jeder Fünfte lebt mit Feuchte, Fäulnis und Schimmel in der Wohnung, jeder Sechste muss auf neue Kleidung verzichten – und meist treffen die genannten Armutfolgen insgesamt auf die gleiche Person, die gleiche Familie zu, die in feuchten Wohnungen mit kaputten Möbeln in uralten, zerschissenen Klamotten an den Resten dessen knabbern, was ihnen von den Tafeln zugeteilt wurde.

Armut ist aber nicht nur eine Frage des Einkommens, sondern zugleich eine Frage des Preisniveaus, der Kosten für Miete, Heizung, Nahrungsmittel, Bekleidung usw.

Mit dem Bau, bzw. der Förderungen der

Errichtung von Sozialwohnungen, hätte der Staat die Folgen der Einkommensarmut lindern können.

Das Gegenteil ist erfolgt. Sozialwohnungen wurden zu Hunderttausenden aus der Sozialbindung entlassen und an gewinnorientierte (ausländische) Investoren verschleudert.

Diese Sünden wider das Gemeinwohl sind in einer funktionierenden Demokratie unvorstellbar, weil die Vertreter der dahinterstehenden Interessen niemals eine Mehrheit in den Parlamenten erhalten könnten.

Bildungspolitik

Alle Wahlen wieder – kommt die Ankündigung neuer Reformen, zusätzlicher Mittel, ganz besonderer Anstrengungen im Bereich der Bildung.

Alle Jahre wieder beweisen nicht nur die PISA-Studien, sondern auch die Klagen der Lehrbetriebe, ja selbst der Universitäten, dass die Schulabgänger immer weniger können und selbst Abiturienten ohne ausreichende Sprach- und Rechtschreibkenntnisse von den Gymnasien entlassen werden.

Großkonzerne, allen voran Bertelsmann, versuchen mit Macht, Marktanteile im Bildungswesen zu gewinnen. Die Privatisierung des Schulwesens macht eben nicht bei den ÖPP/PPP-

Verträgen zur Errichtung und zum Unterhalt der Schulgebäude halt, sie ist dabei, sich auch in die Unterrichtsgestaltung, die Wissensvermittlung und das Lehren selbst einzukaufen.

Dass dies mit einer mehr oder minder offen vortragenen, ideologischen Indoktrination der Schüler einhergehen wird, kann sich jeder leicht ausrechnen.

Bundeswehr

Offiziere und Mannschaften verlieren mehr und mehr das Vertrauen in eine politische Führung, deren militärisches Unvermögen zwar Kindertagesstätten für die Kinder von Soldatinnen einzurichten versucht und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Vordergrund stellt, als handle es sich bei diesem Beruf um nicht anderes als einen x-beliebigen Büro-Job mit gleitender Arbeitszeit, aber nicht in der Lage ist, die Einsatzfähigkeit des Gerätes sicherzustellen.

Es sieht so aus, als ob es in der Regierung keinerlei sicherheitspolitische Überlegungen gäbe, aus denen für die Bundeswehr ein klarer Auftrag abgeleitet werden könnte, aus dem sich wiederum Truppenstärke und Ausrüstung sachlogisch ergäbe.

Weil dieses Buch sich dem Zustand der

Demokratie widmet, muss auch auf die Phrase von der „Parlamentsarmee“ eingegangen werden.

Man kann diesen Begriff nicht ernst nehmen, wenn die Praxis so aussieht, dass die Regierung mit ausländischen Partnern einen Kriegseinsatz verabredet und ihn sich dann – am liebsten nachträglich – von der eigenen Parlamentsmehrheit per Fraktionszwang absegnen lässt.

Ein Parlament, das den Namen verdient, und dem die Aufgabe zugefallen ist, über die „Armee“ zu entscheiden, würde sich höchstwahrscheinlich an den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, wie er im Grundgesetz (immer noch) verankert ist, gebunden fühlen und von sich aus niemals einen Auslandseinsatz beschließen, schon gar nicht, wenn es sich dabei um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handelt, was Ex-Bundeskanzler Schröder in Bezug auf den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien nachträglich, aber ohne Schuldbewusstsein oder ein Zeichen von Reue, eingeräumt hat.

Demografie

Die Statistik der Geburten und Todesfälle wird gerne benutzt, um politische Entscheidungen zu Lasten der Bevölkerung zu begründen.

Es ist wahr, dass Deutschland, als einer der Flächenstaaten mit der höchsten Bevölkerungs-

dichte auf dieser Welt, eine rückläufige Einwohnerzahl aufweisen würde, würden nur die so genannten „Bio-Deutschen“ gezählt. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung macht mit knapp 64 Millionen gerade noch 80 Prozent aus, Tendenz fallend.

Es ist nicht wahr, dass ein Land wie Deutschland mit einer Einwohnerzahl von nur noch 40 Millionen Bürgern und dann nur noch rund 115 Einwohnern pro Quadratkilometer zum Untergang verurteilt wäre.

Dass das durchaus funktionieren kann, beweisen Polen, mit 124, Portugal mit 112, Frankreich und Österreich mit je 105, Spanien mit 92, Schweden mit 24 und Finnland mit 18 Einwohnern pro Quadratkilometer durchaus schlagend. Auch dass die Bevölkerungsdichte der EU-Mitgliedsstaaten insgesamt bei 117 Einwohnern pro Quadratkilometer liegt, spricht eine deutliche Sprache.

Deutschenhasser

Zumeist im Verbund mit der Antifa marschierende und agierende Individuen mit und ohne Migrationshintergrund. Wer – ohne Migrationshintergrund – in Dresden im Schatten der wieder aufgebauten Frauenkirche skandiert: „Bomber Harris, do it again“, sollte von Amts wegen auf seinen Geisteszustand oder evtl. vorliegenden

Drogenkonsum untersucht und dann der geeigneten Therapie zugeführt werden. Wer mit Migrationshintergrund derart agitiert, dem sollte entweder, so vorhanden, die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden, und dann zusammen mit jenen, die keine deutschen Staatsbürger sind, abgeschoben werden. Regierung und Parlament lassen sie jedoch ungehindert gewähren.

EU

Niemals wurden die Deutschen gefragt, ob sie die Souveränität ihres Staates Stück für Stück an eine Organisation übertragen wollen, deren unüberschaubares Vertragswerk ihnen fortan ohne Einspruchsmöglichkeit Pflichten auferlegen und Rechte nehmen wird.

Eine Organisation, die sich nicht im Endzustand der Demokratie befindet, sondern noch nie auch nur in die Nähe von Demokratie gekommen ist. Die Rechte der Volkskammer der DDR waren deutlich weiter gesteckt als die des EU-Parlaments.

Frühkindliche Sexualerziehung

Homosexuelle beiderlei Geschlechts, sowie die Angehörigen einer in inzwischen nicht mehr überschaubaren Anzahl anderer „Geschlechter“ haben als absolute Minderheit unter dem

Vorwand, durch Heterosexuelle diskriminiert zu werden, die frühkindliche Sexualerziehung angezettelt, mit der Begründung, wer schon früh mit dem „Anders-sein-Können“ konfrontiert wird, werde erstens keinen Grund für diskriminierendes Verhalten mehr haben und andererseits schon früh selbst herausfinden können, für welches der inzwischen weit über einhundert Geschlechter das noch geschlechtslose Es sich entscheiden wolle, ohne dabei Schuldgefühle zu entwickeln.

Integration und Zuwanderung

Ein nur in seiner Dimension neues Problem, das uns seit der Blüte des deutschen Wirtschaftswunders begleitet, ohne dass je ein Anlauf unternommen worden wäre, klare Regeln aufzustellen.

Die Stimmen jener, die von Anfang an warnten, die ein Zuwanderungsgesetz forderten, wurden über Jahrzehnte mit dem Hinweis ausgebremsst, Deutschland sei doch kein Einwanderungsland und solle doch durch eine solche gesetzliche Regelung auch nicht dazu gemacht werden. Inzwischen weht der Wind aus einer anderen Richtung. Deutschland sei schon lange ein Einwanderungsland, heißt es, und daher gehört der Islam zu Deutschland, und ein Zuwanderungs-

gesetz sei doch offensichtlich überflüssig, es sei doch bisher alles perfekt gelaufen.

Die Dosis der Zuwanderung wurde gesteigert, der Kampf gegen Rechts ebenso, bis der Dampf begann, die Schweißnähte zu sprengen. Erst PEGIDA, dann die AfD, halbherzig auch die CSU, begannen unter Ächzen Dampf abzulassen – und als Angela Merkel den Anti-Rechts-Junkies mit der totalen Grenzöffnung im September 2015 den Goldenen Schuss verpasste, zerbrach die alte Ordnung mit der krachenden Niederlage der GroKo-Parteien und dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag.

Doch so, wie das Fanal von Hoyerswerda 1991 nicht zur Einsicht führte, sondern zur Errichtung eines Feindbildes genutzt wurde, folgte auch dieser Erschütterung, dieser im Grunde unüberhörbaren Willensäußerung des Souveräns, dem klar zum Ausdruck gebrachten Wählerwillen, wieder das Gegenteil. Die Grenzen werden weiter offengehalten, das Dublin II Abkommen wird aufgehoben, Familiennachzug und ewiges Bleiberecht für alle, die den Weg auf sich nehmen und die Grenzen überschreiten ist quasi garantiert.

Lügenpresse

1965 erklärte Paul Sethe, Gründungsherausgeber der FAZ: „*Pressefreiheit*“ ist das Recht von

zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“

Dem ist heute nur hinzuzufügen, dass die Anzahl der reichen Leute, die über die Presse herrschen, seitdem stark zurückgegangen ist, so dass sich derzeit nur vier Konzerne die Aufgabe teilen, eine bis auf Details einheitliche Meinung in die Köpfe der Menschen zu transportieren.

Die Presse ist es allerdings heute nicht mehr alleine, das Fernsehen ist als meinungsbildende Supermacht dazugekommen.

Präsident

Bundespräsident zu sein, ist sicherlich ein sehr schöner Job. Man hat einen wunderschönen Amtssitz, kommt viel in der Welt herum, lässt sich hin und wieder eine Rede schreiben und trägt sie vor, unterschreibt Ernennungs- und Entlassungsurkunden, Gesetze und Amnestieverfügungen, so wie sie vom Sekretariat vorgelegt werden, und ist den Angehörigen der kleinen Kungelrunde, die einem das Amt beschert hat, von Herzen so dankbar, dass man denen bei Gelegenheit immer wieder auch entgegenkommt. Kurz, der Bundespräsident ist so eine Art Notar der Bundesregierung mit Repräsentationsaufgaben.

Rente und Altersvorsorge

In einer funktionierenden Volkswirtschaft mit einer einigermaßen ausgeglichenen Handelsbilanz steht in jeder Periode zum Konsum nur das zur Verfügung, was produziert wurde.

Ideal wäre es, wenn die Summe der Löhne und Gehälter und sonstigen Einkommen in jeder Periode auch wieder ausgegeben würde.

Diesem Ideal ist die umlagefinanzierte Rente sehr nahe. Aus den Einkommen der aktiv Beschäftigten wird ein Anteil einbehalten und praktisch ohne Zeitverzug den Rentnern für deren Konsum zur Verfügung gestellt. Es ist also sichergestellt, dass die für die Abnahme der Produktion erforderliche Kaufkraft im Markt bleibt.

Dieses im Grund perfekte System wird von der Regierung sabotiert. Die umlagefinanzierte Rente soll nur noch eine Grundsicherung bieten, für den Rest ihres Bedarfs im Alter sollen die Beschäftigten durch Einzahlungen in eine kapitalgedeckte Rente sorgen. Das Kapital erhielten sie dann im Alter mit Zinsen zurück.

Vernünftige Demokraten müssten dieses Spiel ablehnen und die umlagefinanzierte Rente vor allen Gelüsten der Finanzindustrie schützen. Das Gegenteil ist der Fall.

Steuerpolitik

Über lange Zeit galt in Deutschland das Prinzip,

dass die Bürger gemeinsam die Steuerlast tragen, wobei starke Schultern nicht nur absolut, sondern auch relativ mehr belastet wurden als schwache. Im Laufe der Zeit hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Den Löwenanteil der Steuereinnahmen haben die kleine Frau und der kleine Mann zu tragen.

Wesentliches Element dieser Umkehr war die Umwandlung der ehemaligen, kumulativen Umsatzsteuer, die von den Unternehmen zu zahlen war, in die Mehrwertsteuer, die alleine die Konsumenten, also die Endverbraucher zu tragen haben.

Zusammen mit der Lohnsteuer, die eine „besondere Erhebungsform“ der Einkommenssteuer ist, was bedeutet, dass die Steuer gar nicht erst an den Lohnempfänger ausgezahlt, sondern gleich vom Arbeitgeber an das Finanzamt abgeführt wird, bringen die Steuern auf Lohn und Konsum rund 75 Prozent des Steuereinkommens in die Kassen.

Trial and error

Eine in der Pädagogik zu Ehren gekommene Form des Lernens durch Erfahrung, bei der sich durch Versuch, Irrtum und Erfolg insbesondere Methoden und Vorgehensweisen weitaus besser einprägen als dies durch die Vorführung und

Erläuterung der richtigen Vorgehensweise zu erreichen ist.

Wird diese Methode zur Grundlage des Regierungshandelns erhoben, wirkt sie jedoch absonderlich unbeholfen. Schließlich sollte man von Fachministern und ihren Stäben mehr erwarten können, als ein mehr oder minder zielloses Herumprobieren.

Tatsächlich stellt sich uns das Regierungshandeln im Endstadium der Demokratie immer mehr als ein Tag für Tag immer wieder höchst überraschtes Reagieren auf durchaus vorhersehbare Ereignisse dar, die bei hinreichender Gewissheit über die eigenen Ziele auch rechtzeitig abgewendet oder im eigenen Sinne beeinflusst werden hätten können.

Überwachung

Die Totalüberwachung der Bürger durch den eigenen Staat ist eines der klassischen Kennzeichen einer Diktatur.

Wie weit sich die von Parlament und Regierung verordnete Datensammelwut der deutschen Sicherheitsbehörden diesem Endstadium bereits angenähert hat, möge jeder selbst für sich beantworten.

Eine Gratulation all jenen, die nichts zu verbergen und daher auch nichts zu befürchten haben.

Xenokratie

Die Liste der Herrschaftsformen ist lang und die meisten Begriffe enden auf „...kratie“. Am Ende der Liste ist die Xenokratie zu finden, was im Deutschen „Fremdherrschaft“ bedeutet.

In unseren Tagen von Fremdherrschaft zu sprechen weckt martialische Assoziationen. Ein Land, ein Staat, militärisch unterworfen und besetzt – das ist Fremdherrschaft.

Inzwischen ist es aber, trotz aller immer wieder aufflammenden Kriege, eher unüblich geworden, Fremdherrschaft militärisch zu erringen und sich dann auch noch der Mühe zu unterwerfen, ein besetztes Land selbst zu regieren. Schließlich kommt es sehr viel weniger darauf an, vor Ort zu sein, als darauf, die erwartete Beute, den Tribut, zuverlässig in Besitz nehmen zu können und den Gedanken an Widerstand und Selbstbestimmung durch eine ganze Reihe von bewährten Mitteln und Methoden niemals so weit aufkommen zu lassen, dass jemand damit ernst machen würde.

Betrachten wir unsere Situation in Deutschland, fällt zunächst einmal auf, dass sehr viele deutsche Großunternehmen mehrheitlich von ausländischen Aktionären besessen und von deren Vertretern im Aufsichtsrat gelenkt werden. Zudem finden wir viele ausländische Unternehmen

mit ihren Produktionsstätten oder Verkaufsstellen in Deutschland, die ihrerseits mit der Beschäftigung von Deutschen Gewinne für die ausländischen Eigentümer erzielen, und damit, nicht nur am Arbeitsmarkt, sondern auch bis in die Politik hinein, ausländische Interessen vertreten und durchsetzen.

Mit der Einbindung in die EU, die für alle Mitgliedsländer verbindliche Freihandelsabkommen abschließen kann, wären wir mit TTIP sogar noch in die Situation gekommen, eine „Gewinngarantie“ für ausländische Investoren abgeben zu müssen, die es sehr erschwert hätte, unsere Verbraucher- und Umweltschutzbestimmungen oder das Steuerrecht zu verändern, weil der „Investitionsschutz“ Vorrang vor nationalen Interessen erhalten sollte.

Selbstverständlich gehören wir der NATO an und sind verpflichtet, im so genannten Bündnisfall in jeden Krieg zu ziehen, auch wenn ihn ein anderes NATO-Land provoziert haben sollte. Dass die Bundeswehr dabei längst nicht mehr die Fähigkeiten besitzt, die zur Landesverteidigung erforderlich wären, sondern sich darauf verlassen muss, das im Ernstfall andere Staaten ihr Militär zur Hilfe schicken, ist sicherlich primär ein Bündnis, auf das man sich eingelassen hat, auf der anderen Seite jedoch auch eine Fessel, die man sich anlegen ließ, denn mit der NATO ist ja

längst nicht alles auf dem Tisch. US-Truppen haben feste und sehr große Stützpunkte und Übungsplätze auf deutschem Boden, von denen aus Krieg überall auf der Welt geführt und unterstützt wird. Zudem steht den USA das Recht zu weitgehenden nachrichtendienstlichen Tätigkeiten, einschließlich einer fast grenzenlosen Überwachung jeglicher Kommunikation zu.

All das ist abgefedert durch Clubs, Vereinigungen, regelmäßige Treffen auf praktisch allen Ebenen der Gesellschaft, mit dem Ziel, die Deutschen auf die transatlantische Partnerschaft und die Feindschaft gegenüber Russland einzuschwören.

Damit sind wir, ob nun ganz freiwillig, oder doch eher mit mehr als nur diplomatischem Druck, in einen Zustand geraten, der als ein Mix aus Eigen- und Fremdbestimmung weder als Xenokratie, noch wirklich als Demokratie bezeichnet werden kann.

Freiheit - wovon?

Weil das Höchstmaß an "Selbstverwirklichung" nur im Rahmen einer leistungsfähigen Gemeinschaft erreichbar ist, erfordert die Frage, wovon wir als Gesellschaft in Deutschland frei sein wollen – und welchen Pflichten und Bindungen wir uns unterwerfen wollen, eine sehr viel differenziertere Betrachtung als der uneingeschränkte

Freiheitswille der Anarchisten. Allerdings setzt eine solche gesellschaftliche Übereinkunft voraus, dass das System, in dem wir leben, nicht nur im Kern, sondern auch in jeder einzelnen Beziehung nicht parasitär, sondern symbiotisch angelegt ist.

Nur die gerechtfertigte Erwartung, am Nutzen der Gemeinschaft angemessene Teilhabe zu finden, motiviert ausreichend dazu, im Gegenzug zum Wohle der Gemeinschaft "freiwillig" auf Freiheiten zu verzichten und stattdessen Pflichten und Verantwortung zu übernehmen.

Dies wird im Extrem deutlich, wo es um den Beitrag zur Arterhaltung geht. Wer es heute noch wagt, die Deutschen aufzufordern, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen, gilt ebenso bereits als Rassist, wie derjenige, der die Geburtenraten vieler Migranten mit denen der Deutschen vergleicht und daraus Prognosen ableitet.

Wenn sich heute in Deutschland ein Paar dafür entscheidet, ein Kind zu zeugen und großzuziehen, dann stellt diese Entscheidung nicht nur die Erfüllung tiefer persönlicher Wünsche, sondern nicht zuletzt auch einen Beitrag zur Zukunftssicherung der Gesellschaft dar.

Es ist eine Binsenweisheit, dass eine Generation der anderen folgen muss, wenn der allmähliche Untergang verhindert werden soll. Es ist jedoch

auch eine Binsenweisheit, dass Paare, die sich in Deutschland für Kinder entscheiden, relativ reich sein müssen, um sich das überhaupt leisten zu können. Denn mit der Entscheidung für das Kind trifft das Paar auch die Entscheidung, über viele Jahre auf gewohnte Freiheiten zu verzichten und dazu ganz erhebliche materielle Lasten auf sich zu nehmen, ohne ernsthaft erwarten zu dürfen, dafür von der Gesellschaft einen angemessenen Ausgleich zu erhalten.

Die Freiheit, sich für oder gegen ein Kind zu entscheiden, wird durch politisch geschaffene Umstände in hohem Grade beeinflusst. Neue Konkurrenz um Krippen und Kindergartenplätze ist dabei nur ein Signal, lieber kein Kind in die Welt zu setzen. Die bei sich leerenden Staatskassen zu erwartenden Verteilungsprobleme im Sozialbereich stehen zusätzlich bereits als Menetekel an der Wand.

Es gibt also Freiheiten, die selbstverständlich in keiner Weise direkt beschnitten werden, durch Gestaltung der Rahmenbedingungen aber tatsächlich immer weniger genutzt werden können. Gut, wenn die Entscheidungen über die Gestaltung dieser Rahmenbedingungen demokratisch getroffen werden. Schlecht, wenn sie gegen den Willen der Bevölkerung einfach durchgesetzt werden.

Die Aufhebung von Rechten weiter Teile der Bevölkerung, wie sie mit der Umgestaltung des Arbeitsrechts und der Sozialgesetze im Gefolge der Agenda 2010 zugunsten der Freiheiten von Wirtschaft und Kapital vollzogen wurde, geht mit dem Prozess der Umverteilung von unten nach oben Hand in Hand. Solange die Reichen in dem Maße reicher werden, in welchem die Armen ärmer werden, entpuppt sich das Gerede von der unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten als ein schäbiges Mäntelchen, unter dem die Gewinnmaximierung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, der Rentner, Arbeitslosen und Kranken, der Kinder und Jugendlichen, der Alten und Pflegebedürftigen verborgen werden soll.

Die Macht des Kapitalismus beruht auf dem Prinzip der Knappheit und des Mangels.

„Die Welt hat genug, für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“ Diese Weisheit verdanken wir Mohandas Karamchand Gandhi, dem Führer der indischen Freiheitsbewegung gegen die britische Kolonialherrschaft.

Es gibt auf dieser Erde natürliche Knappheit. In den Wüstenregionen fehlt es an Wasser, dies ist eine natürliche Eigenschaft dieser Gegenden. Auf der ganzen Welt wird inzwischen jene Art von Sand knapp, die für die Herstellung von

Beton benötigt wird, dies ist eine Folge der übermäßigen Nachfrage der Vergangenheit bei fehlender Weitsicht und Koordination.

Diesen weitgehend nicht durch Manipulation und Spekulation entstandenen Knappheiten stehen jene Knappheiten gegenüber, die alleine durch Eigentumsrechte erzeugt werden.

Eigentum als solches ist nicht schlecht. Eigentum, das selbst genutzt wird oder für eine spätere Selbstnutzung angespart wird, entspricht voll und ganz den Erfordernissen einer vernünftigen Lebensführung.

Wird Eigentum jedoch nicht selbst genutzt, sondern überwiegend zu dem Zweck erworben und erhalten, um anderen die Nutzung zu verwehren, wandelt sich der Charakter des Eigentums vom friedlichen, nützlichen in ein aggressives und destruktives Eigentum.

Solches Eigentum ist für Knappheit verantwortlich. Die Knappheit wiederum ermöglicht dem Eigentümer, Macht auszuüben.

Die Macht der Demokratie beruht auf dem Prinzip der konsensualen Willensbildung.

In einer idealen Demokratie, in welcher die gemeinsame Suche nach den optimalen Lösungen für die gesamte Gesellschaft von verständigen Menschen betrieben wird und die gefundene

Lösung aus Einsicht dann auch von den Unterlegenen mit getragen wird, wenn für eine Entscheidung (ausnahmsweise) eine Abstimmung erforderlich wurde, entsteht ein starkes Gemeinschaftsgefühl und eine starke Motivation sich für das Gemeinwesen zu engagieren, also eine wie auch immer geartete Leistung einzubringen.

Es sind weder Erpressungspotentiale noch von der Herrschaftsschicht „aus besserem Wissen“ erlassene Gesetze und Regelungen erforderlich. Es gibt in diesem Sinne keine „Herrschaft“, denn das Volk gibt tatsächlich Ziel und Richtung selbst vor.

Die auch in der Demokratie möglicherweise auftretenden Knappheiten werden nicht durch Eigentumsrechte in sprudelnde Gewinnquellen verwandelt. Stattdessen wird der optimale Umgang mit knappen Ressourcen ermittelt und darüber einvernehmlich, zur Not mehrheitlich, entschieden.

Eigentum, das in der Lage ist, direkt und indirekt Knappheiten hervorzurufen, kann in einer idealen Demokratie gar nicht entstehen, weil der Versuch ein gesamtgesellschaftliches Optimum herzustellen, scheitern muss, wenn weite Teile der nutzbaren Ressourcen dabei – aus Gründen des Eigentumsrechts – gar nicht in Betracht gezogen werden dürften. In Artikel 14 unseres

Grundgesetzes scheint dieser Gedanke noch auf, wenn es in Satz 2 bestimmt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

In der Realität wird davon jedoch nur in Form der Enteignung Gebrauch gemacht, und auch nur dann, wenn das Siedlungshäuschen, in dem der kleine Mann und die kleine Frau wohnen, oder der fruchtbare Acker des Nebenerwerbslandwirts, einem Bauvorhaben von übergeordnetem Interesse zu weichen hat.

Demokratie im Endstadium

Das Totenglöcklein wird bereits geläutet.

So defätistisch dieses letzte Kapitels auch überschrieben sein mag, so sehr die deutsche Demokratie alle Zeichen des baldigen Untergangs aufweist, so deutlich ist aus den vorangegangenen Überlegungen doch auch hervorgegangen, dass es anders sein könnte, dass die hohe Blüte wahrer Demokratie vorstellbar ist, dass alles, was in der Scheindemokratie falsch gelaufen ist und weiter falsch läuft, in einer andern, ernsthafter betriebenen Demokratie auch richtig und damit viel besser laufen könnte.

Homogenität

Eine Bevölkerung von über 80 Millionen Menschen kann diesen „Klassengeist“ so nicht mehr

entwickeln. Das ist klar. Doch ebenso klar ist, dass der Grad der Homogenität auch hier ausschlaggebend dafür ist, wie schwer man sich insgesamt damit tut, Demokratie als ein Miteinander zu erleben und zu gestalten, statt die Demokratie zur Kampfzone entgegengesetzter Interessen verkommen zu lassen.

Fast vergessen ist der ehemalige Streit zwischen den bierseligen, gemütlichen Bayern und den bürokratisch-militaristischen Preußen, die sich lieber aus dem Weg gingen, als über die Lösung gemeinsamer Probleme gemeinsam nachzudenken.

Allenfalls, wenn es um den Länderfinanzausgleich geht, können Reste dieser überwundenen Animositäten wieder ans Licht kommen.

Dass dies so weit gelungen ist, ist einer Angleichung der Lebensverhältnisse zuzurechnen. Die Bayern haben sich vom armen Agrarstaat zum wirtschaftlich hochpotenten High-Tech-Standort entwickelt und sind damit mindestens zum gleichwertigen, wenn nicht gar zum überlegenen Partner aufgestiegen, der auch von den „Preußen“ nicht mehr so verletzend missachtet werden kann, weil die Voraussetzungen dafür entfallen sind. Dennoch haben sich Bayern und Preußen charakteristische Eigenschaften erhalten, die jedoch den Grundkonsens nicht stören.

Für die Optimierung der Demokratie in Deutschland wäre es also ausgesprochen dienlich, die Lebensverhältnisse im ganzen Staat weiter anzugleichen, so dass Neid und Missgunst einerseits, Überheblichkeit und falsche Schuldzuweisungen andererseits ihre Grundlage verlieren und der Blick auf die gemeinsamen Ziele nicht länger vom Grabenkrieg um die Teilhabe am Wohlstand verdeckt wird.

Das heißt nun nicht, dass gleich der Kommunismus ausgerufen werden muss. Es heißt auch nicht, dass die Spreizung der Einkommen auf ein Minimum eingeebnet werden muss. Es braucht in allen Bundesländern gut dotierte, hochqualifizierte Führungskräfte, Wissenschaftler und Politiker, es braucht aber auch in allen Bundesländern den Paketboten und den Mann von der Müllabfuhr.

Es heißt aber sehr wohl, dass die vorhandene Arbeit besser verteilt werden muss, mit dem Ziel, jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Bürger auch einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu können.

Krasse soziale Unterschiede, die aufgrund krasser Unterschiede in der materiellen Ausstattung zwischen vernünftig bezahlten Beschäftigten und am Existenzminimum gehaltenen Harz-IV-Beziehern entstehen, ganz unabhängig von

Bildung, Erfahrungen und charakterlichen Eigenschaften, sind ein Sargnagel für die Demokratie!

Der Länderfinanzausgleich alleine schafft keinen Arbeitsplatz. Es handelt sich dabei eher um eine Art XXL-Harz-IV für wirtschaftlich schwächere Bundesländer, die noch dazu immer wieder um die „Almosen“ der anderen betteln müssen.

Bildungschancen

Ein anderes Kriterium, bei dem die Homogenität zu wünschen übrig lässt, ist das Schul- und Bildungswesen.

Bundeseinheitliche Schulformen und Bildungswege, bundeseinheitliche Lehrpläne und Prüfungskriterien, bundeseinheitliche Bildungs-Etats, bemessen an der Schülerzahl, ergänzt um zwei Wochenstunden mit landesspezifischen Inhalten, wenn es denn sein muss: Damit könnte ein über ganz Deutschland gleiches Bildungsniveau bei gleichen Abschlüssen erreicht werden.

Dies wäre nicht nur für die Wirtschaft wichtig und erstrebenswert, sondern vor allem für die Menschen selbst, die sich, nach dem Absolvieren eines solchen Systems nicht mehr von vornherein in überlegene Bayern und unterlegene Bremer unterscheiden würden, sondern allenfalls noch über die erzielten Abschlussnoten, mit

denen bezeichnenderweise jedoch weit weniger freizügig um sich geworfen wird als heute in manchen Bundesländern.

Nationalitäten

Besonders kritisch in Bezug auf den Erfolgsfaktor Homogenität ist der Umgang mit der Zuwanderung. Hier ließen wir in Deutschland in der Vergangenheit jegliches Fingerspitzengefühl vermissen und haben zudem eine Kehrtwende um 180 Grad über uns ergehen lassen, von jenen Tagen an, als Angela Merkel selbstverständlich äußerte: „Multi-Kulti ist gescheitert“, und Jürgen Rüttgers mit der Parole „Kinder statt Inder“ in den Wahlkampf zog, bis hin zu jenem Tag im September 2015, als jeder der es schaffte, die offene deutsche Grenze zu überschreiten, zur „Bereicherung“ hochstilisiert wurde, während zugleich die Schar der erklärten Deutschlandhasser ihre Schmähparolen immer lauter und unverschämter verbreiten durfte, weil selbst diese Nestbeschmutzer und Staatsmörder als Verbündete im Kampf gegen Rechts angesehen wurden.

Wer schon einmal jene – im doppelten Wortsinn – bewegten Bilder gesehen hat, die in den USA bei der feierlichen Aushändigung der Staatsbürgerschafts-Urkunden an Zuwanderer entstehen, und das dabei offen gezeigte, großartige und unter die Haut gehende Nationalgefühl, sowohl der

alten, wie auch der neu aufgenommenen US-Bürger erkannte, muss sich in Deutschland vorfinden, wie auf einem anderen Stern.

Fragt man sich, woher dieser Unterschied rührt, ergeben sich zwei miteinander zusammenhängende Ursprünge. Der Großteil der US-Bürger pflegt einen ungebrochenen Nationalstolz, verbunden mit einem tief verwurzelten Patriotismus. Es ist etwas wert, Bürger der USA zu sein, auch dann, wenn man mit der Entwicklung der Staaten keineswegs zufrieden ist und die weltweiten Aktivitäten des Militärs kritisch sieht. Am Ende ist man doch ein Amerikaner – und stolz darauf.

Die Hürden für eine Einbürgerung sind entsprechend hoch, was den Einbürgerungswilligen, wenn sie es geschafft haben, das Gefühl gibt, sich die Aufnahme in diese großartige Nation verdient zu haben und sie sich nach langer Wartezeit endlich berechtigt sehen, ebenfalls ihren Stolz, Teil dieser Nation zu sein, zeigen zu dürfen.

Es ist an dieser Stelle auf den Unterschied hinzuweisen, der zwischen jenen besteht, die dort Bürger der USA werden wollen, und jenen, deren Absicht hierzulande darin besteht, einfach nur in Deutschland zu leben.

Wer in den USA eingebürgert wird, ist bereits integriert, denn der Weg dorthin führt in der Regel über die Green Card, deren Erteilung wiederum vom Herkunftsland, vom Bildungsabschluss, von der Berufsausübung in einem Ausbildungsberuf und vom Familienstand abhängt.

Nach der nach wie vor gültigen Rechtslage sollte das in Deutschland sehr ähnlich sein. Es gibt die Möglichkeit für ausländische Fachkräfte hier eine Arbeitserlaubnis zu erhalten und nach einer längeren Wartezeit auch die Einbürgerung zu beantragen. Dass weit mehr als eine Million Menschen einfach so ins Land gelassen wurden, und auch noch vom Staat alimentiert werden, war nicht vorgesehen.

Das ganze Chaos, das sich der Grenzöffnung angeschlossen hat, soll hier nicht ausgebreitet werden. Dass jedoch nichts gegen den Kontrollverlust unternommen wird, der damit entstanden ist und durch weitere großzügige Angebote, wie dem Flüchtlingsaustausch mit der Türkei, der Aufnahme von in Italien und Griechenland gestrandeten Bootsflüchtlingen, sowie den überaus großzügigen Regelungen zum Familiennachzug nur vergrößert wird, das muss angesprochen werden.

„2015“ war und ist bei kritischer Würdigung auch der humanitären Gesichtspunkte dennoch

ein Anschlag auf die Homogenität der Gesellschaft.

Von allen Menschen, die zur deutschen Bevölkerung zählen, haben inzwischen rund zwanzig Prozent oder – Stand Ende 2016 – 18,6 Millionen einen, wie es so schön heißt, „Migrationshintergrund“. Das sind ungefähr so viele Menschen wie die, die in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland leben!

9,6 Millionen davon haben inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Von den verbleibenden 9 Millionen Ausländern sind 7,6 Millionen selbst zugewandert, 1,4 Millionen wurden hier geboren. Die weitere, absehbare Entwicklung, selbst bei sofortigem Stopp jeglicher Zuwanderung, offenbart ein Blick auf die Schülerzahlen. Wie bereits erwähnt, haben inzwischen 33 Prozent der Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland einen Migrationshintergrund.

Nicht alle derer, die die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, sind jedoch „nur“ Deutsche. Viele haben noch einen zweiten, zumeist türkischen Pass und sehen in Erdogan ihren wahren Präsidenten, der ja auch nicht müde wird, sie aufzufordern, ihre Eigenheiten als Türken und Muslime zu bewahren und sich nicht zu assimilieren.

18,6 Millionen Menschen von denen niemand mit Gewissheit zu sagen weiß, welche Einstellung sie zu Deutschland und den Deutschen haben, davon rund die Hälfte in Deutschland wahlberechtigt, sind eine kritische Masse.

Lebten sie allesamt einfach mitten unter uns, einigermaßen gleichmäßig über die Republik verteilt, hätten sie sich erkennbar integriert und, soweit sie Deutsche sind, assimilieren lassen, könnte man das als den normalen Prozess in einem erklärten Zuwanderungsland ansehen und die Entwicklung, als demokratisch gewollt, in aller Ruhe beobachten.

Dem ist aber nicht so. Weite Landesteile werden von den Zuwanderern gemieden, teils, weil dort die wirtschaftlichen Verhältnisse ungünstig sind, teils weil sie dort in überdurchschnittlichem Maße von der eingesessenen Bevölkerung Ablehnung erfahren. In den großen Ballungsräumen hingegen ist die große Mehrheit der Migranten aufzufinden, und dort nicht selten in abgeschotteten Parallelwelten, die für die eingesessene Bevölkerung zu Tabuzonen geworden sind.

Homogenität? Fehlanzeige.

Gleichzeitig, und das ist das Fatalste an der Entwicklung, sind die Deutschen ohne Migrationshintergrund in der Zuwanderungsfrage

gespalten, wie noch nie zuvor bei einem anderen Thema.

Diese Spaltung setzt sich übrigens in den Reihen der Deutschen mit Migrations-hintergrund fort. Viele verstehen nicht, wie die unkontrollierte Zuwanderung überhaupt genehmigt werden konnte, andere freuen sich über den Zuwachs in ihren Quartieren und Gemeinden.

Eine solche Schocktherapie könnte der Demokratie im Endzustand neue Kräfte verleihen und sie zu einem vitalen Instrument der Bevölkerung machen, ihre Interessen mit einem engagierten Parlament gegen Kapital und Medien durchzusetzen.

Wirtschaft

Problematischer noch als die Lösung der Zuwanderungsproblematik wird Auseinandersetzung mit dem Kapital.

Klar ist, ein starker Staat braucht eine starke Wirtschaft. Die ist tatsächlich auch vorhanden, allerdings dienen weite Teile der in Deutschland tätigen Wirtschaftsunternehmen nicht primär deutschen Interessen, sondern den Gewinn-Interessen ausländischer Investoren.

Die dem Kapital auch von Deutschland gewährte Freizügigkeit hat eine neue, vollkommen verdeckt wirkende Form von Kolonialismus

hervorgebracht, die beständig aus der deutschen Wirtschaftsleistung ausländische Vermögenszuwächse generiert.

Selbst in die entgegengesetzte Richtung wirkende Auslandsinvestitionen kommen über die internationalen Kapitalverflechtungen nicht unbedingt als Vermögenszuwachs in Deutschland an.

Demokratie muss nicht eine Fiktion der Volksherrschaft bleiben.

Sie lässt sich in einer dem Ideal sehr nahe kommenden Weise realisieren.

Um allerdings dahin zu gelangen, wird es immer dringender, jene von der offiziellen Politik und von den Medien vollkommen unterdrückten Themen, die sich bezeichnender Weise in der Frage der Nationalstaatlichkeit treffen und überschneiden, jetzt auf den Tisch zu bringen. Das sind vor allem:

- Das weitere Schrumpfen deutscher Souveränität und damit der Möglichkeit demokratischer Einflussnahme im fortschreitenden Prozess der EU-Entwicklung,
- die Zuwanderungsproblematik im Allgemeinen und

- die mit dem Anwachsen der islamischen Gemeinden verbundenen, gesellschaftlichen und juristischen Probleme im Speziellen,

Dass nur die AfD bereit ist, diese Auseinandersetzung anzustoßen, darf kein Hinderungsgrund sein, sich mit der Thematik auseinander und mit der AfD an den Besprechungstisch zu setzen. Die anderen Parteien werden der Reihe nach folgen, wenn sie feststellen, dass sie sonst vollends den Boden unter den Füßen verlieren.

Wenn die Demokratie in Deutschland wiederbelebt werden soll und dafür die AfD als Defibrillator eingesetzt werden muss, dann sollten wir diese Chance nicht aus Angst vor dem Elektroschock verstreichen lassen.

**Wichtig ist, dass das Herz
danach wieder von alleine schlägt.**